

# IST DIESE REPUBLIK VERTEIDIGENSWÜRDIG?

Dazu hat sich jüngst auch der Wehrbeauftragte des deutschen Bundestages Berkhahn geäußert. Nicht, daß er eine Antwort oder gar gute Gründe für ein Ja hätte liefern wollen. Darüber ist der parlamentarische Wächter über die Moral der Truppe erhaben. Seine Sorge gilt der Schwierigkeit mancher dienender Bundesbürger, die Frage erst gar nicht aufkommen zu lassen:

“Ich sehe vor mir den jungen Gefreiten, der achselzuckend zu mir sagt: ‚Was hab‘ ich denn zu verteidigen? Als ich kam, war ich arbeitslos, und wenn ich gehe, bin ich wieder arbeitslos. Ich habe doch eigentlich gar nichts zu verteidigen!“

Sehr verständnisvoll, wie sich Berkhahn hier der Nöte annimmt, die diese Republik ihrem Verteidigungsmaterial aufbürdet. Behindern sie vielleicht den Verteidigungswillen, lautet das Problem. Allenfalls einem Dauerarbeitslosen mag Berkhahn zugestehen, er könne den Dienst an der Waffe eventuell nicht gleich für die höchste und selbstverständlichste Aufgabe halten. Diejenigen, die zu den “Arbeitsplatzbesitzern” gehören, sortiert er von vornherein unter die Sorgenfreien, von der Republik Beglückten, weil sie sich ihren Lebensunterhalt verdienen dürfen und trotz aller staatlichen Sparmaßnahmen immer noch irgendwie leben können. Die gehören also auch von vornherein nicht zu denjenigen, denen Berkhahn gewisse Schwierigkeiten zugesteht:

“Es ist schwer einzusehen für einen jungen Menschen, daß Recht und Freiheit verteidigungswürdig sind, auch in einer Situation, wo soziale, ökonomische Schwierigkeiten sich für ihn persönlich auftürmen.”

Und? Will Berkhahn vielleicht den “jungen Menschen” zur “Einsicht” verhelfen - etwa dadurch, daß er dem Staat empfiehlt, den Turm an Schwierigkeiten etwas abzutragen; oder wenigstens dadurch, daß er sie davon zu überzeugen versucht, daß sich Freiheit und Recht trotzdem zu verteidigen lohnen. Keineswegs! Da hört sich das geheuchelte Verständnis des politischen Truppenbetreuers auf, und der kritische Klartext folgt auf dem Fuße:

“Wenn die Bürger eines freien demokratischen Staates alles nur tun, weil es im Gesetz steht und weil man es von ihnen erwartet, dann ist die Gefahr groß, daß der gleiche Bürger sich einer anderen Staatsform genauso anpassen und einpassen würde, daß der Wert der Freiheit nicht ausreichend erfahren, begriffen und gewertet ist.”

Ein sauberes Argument für den Wert der Freiheit: Die Frage, was man von einem Leben in Freiheit hat, ist staatsgefährdend. Noch dem letzten arbeitslosen Jugendlichen hat die Verteidigung der Republik ein Herzensanliegen zu sein. Erstens wird er sowieso dazu gezwungen, “weil das im Gesetz steht”. Zweitens aber heißt der aktuelle Tagesbefehl: Kriegsdienst ist Ehrensache! Und zwar auch und gerade dann, wenn man persönlich ganz und gar nichts zu verteidigen hat.

Politiker, die dermaßen anspruchsvolle Forderungen an ihre Untertanen stellen, wollen sie offensichtlich noch auf ganz andere “Schwierigkeiten” vorbereiten, die unser freiheitlicher Rechtsstaat ihnen aufbürden wird für seine Verteidigung.